

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

110 (12.5.1930)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis Die 10 gepaltene Millimeterseite kostet 12 Pfennig. Gelegentlich ansonsten und Stiefelgröße 8 Pfennig. Die Reflektormillimeter-Druckerei bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtentnahme des Originals, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Anrufen außer Kraft tritt. © Verlags-Verlagshaus 11 Karlsruhe i. D. © Schatz der Verlags-Anstalt 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelhefte 15 Pfennig o. Erscheint einmal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellungsnummer 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Nr. 11111. Druck: Hauptstraße 9; D.-Baden, Jaghausstraße 12; Reilstr. 2; Offenburg, Republikstraße 6

Nummer 110

Karlsruhe, Montag, den 12. Mai 1930

50. Jahrgang

Preußens Zentrumsparteitag

Eine Attacke gegen die Sozialdemokratie

Berlin, 11. Mai. Das preussische Zentrum trat heute im ehemaligen Herrenhaus zum 4. preussischen Parteitag zusammen, zu dem über 600 Delegierte aus dem ganzen Lande erschienen.

Die Begrüßung des Parteitages erhaltete Dr. Heß in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Landtagsfraktion über die politische Lage in Preußen. Redner bespricht zunächst die Entwicklung der preussischen Politik seit 1920. Der staatspolitische Aufbau der jungen preussischen Republik habe sich ruhig und stetig vollzogen. Der große Erfolg des Zentrums war das Konordat. Das Konordat ist ein historisches Ereignis von weitestgehender Bedeutung. Ein Sozialist als Kultusminister löst bei der Wählererschaft des Zentrums unbeschreibliche Gefühle aus. Unverändert geblieben die isolierte Stellung der katholischen Kirche innerhalb der preussischen weltanschaulichen Strömungen in Deutschland. Dagegen hat sich grundlegend geändert die Bewegungsfreiheit der katholischen Partei im preussischen Staat. Die große Emanzipation, die die katholische Partei mit der deutschen Demokratie erstanden ist, hat das Zentrum mit einem Schläge ganz andere Auswirkungsmöglichkeiten verschafft. Darin besteht der große Wandel unserer Zeit, der sich nicht nur auf die staatspolitische Ebene beschränkt, sondern sich auf die gesamte preussische Arbeitsweise und den preussischen Staat auswirkt.

Redner weist weiter darauf hin, daß die jetzige preussische Lage bekanntlich in einem Kampf gegen die Volkspartei liegt. Die Volkspartei habe es sich selbst auszuwählen, wenn die bestehende Koalition förmlich zusammengesetzt wurde gegen eine Opposition, die fast gleichstarke Opposition. So wie die politischen Verhältnisse in Deutschland gelagert sind, wäre im allgemeinen die Form der großen Koalition das vernünftigste. Die Weiterentwicklung müssen wir abwarten.

Redner weist auch allerdings auf keinen Zweifel darüber hin, daß die Orientierung unserer Politik in Preußen ebenso auf andere Umstände beeinflusst werden kann. In weiten Kreisen der Zentrumspartei wird es augenblicklich die Frage sein, wie die preussische Zentrumspartei sich zu der Opposition der Sozialdemokratie im Reich gegen das Kabinett Brüning verhalten sollte. Es wird wohl nicht verkannt werden können, daß der Mangel an Verantwortungsgewissen bei der Sozialdemokratie im Reich wie auch die rücksichtslose Form der Opposition, die sie gegen die preussische Sozialdemokratie führt, die preussische staatspolitische Zusammenarbeit der letzten Koalition gegenüber zum mindesten nicht förderlich ist.

Dr. Stegerwald trat einigen irrtümlichen Auffassungen entgegen, die in der Versammlung über das Referat entstanden. Er betonte u. a., daß die Steuerpolitik in den nächsten Jahren sozial sein könne, weil wir durch den verlorenen Krieg Reparationslasten eine vollständige Umstellung in Deutschland erfahren hätten. Die Ausgaben müßten vor allem beschränkt werden und man könne erst dann an einen Umbau der unliebsamen Steuern herantreten.

Redner nahm der Parteivorstehende Abg. Heß das Wort zu einer Schlußrede, in der er noch einmal auf die systematische Arbeit der Sozialdemokraten gegen das Kabinett Brüning und gegen die Politik des Reichsanstalters zu sprechen kam. Der Appell der Sozialdemokraten an die preussische Sozialdemokratie sei, sei von dieser in keiner Weise befolgt worden. Wenn es

der sozialdemokratischen Parteileitung nicht gelinzt, ihre Presse auf eine einheitliche und gesunde Staatspolitik umzustellen, dann können wir letzten Endes auch nicht mehr mitmachen. Es muß an dieser Stelle allen Erbes betont werden, daß wir das Gefühl haben, als wenn die Koalition in Preußen durch die sozialdemokratische Presse auseinandergerissen werden sollte.

Das Zentrum macht sich seine Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie natürlich leicht. Wer fing denn an mit dem Spott, die Sozialdemokratie habe sich durch die Flucht der Verantwortung entzogen. Wer hat denn den Reichsarbeitsminister des Kabinetts Müller wochenlang in einer Weise heruntergemacht, daß ein wenig unterrichteter Arbeiter auf den Gedanken kommen konnte, Wiffell sei eine komplette Null? Und wer spricht denn jetzt von „schamloser Aufpeitschung der Arbeitslosen“ durch die Sozialdemokraten? Niemand anders als die Presse des Zentrums — dieselbe Presse, die sich über den Ton der Sozialdemokraten beschwert. Nein, nein, ihr Herren vom Zentrum, die Wahrheit ist, daß man die Sozialdemokratie aus der Regierung hinausgedrängt hat, weil man im Zentrum keinen Arbeitslosenbeschäftigung wollte, wie ihn die Sozialdemokratie forderte. Jetzt muß man erkennen, daß die Sozialdemokratie recht hatte, d. h. daß nicht weniger, sondern mehr Geld zur Hilfsfinanzierung der Reichsanstalt beschafft werden muß, wenn man nicht die Massen zur Verzweiflung treiben will. Für das Zentrum ist es unabweisbar, daß die Haltung der Sozialdemokratie in der Arbeitslosenfrage durch die Tatsachen glänzend gerechtfertigt worden ist. Daher seine Verärgerung. Es sieht sich in der Frage zwischen der wachsenden Not der Massen und dem Druck der Sozialreaktionäre in der Koalition, die hinter dem Kabinett Brüning steht. Es sieht, daß die Massen und also auch die katholischen Arbeiter rebellieren müssen, wenn der bisherige Kurs des Kabinetts Brüning fortgesetzt wird, und es sieht keine Möglichkeit, diesen Kurs dieses Kabinetts zu ändern. Es weiß auch, daß eine Sprengung der Preußenkoalition keine Situation nicht verbessern, sondern nur verschlechtern kann. Kein Wunder, wenn es unter diesen Umständen den Versuch macht, die sozialdemokratische Kritik an dem Kabinett Brüning abzuhängen. Die Erbitterung der Massen läßt sich aber nicht abstoppen. Die Wahrheit läßt sich nicht verbieten.

Trotzdem sind die Deutschnationalen, die seit Wochen gegen die Preußenpolitik ankämpfen, das Zentrum benehmen und den ersten Erfolg ihrer Aktion in der vergangenen Woche bei der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums im preussischen Landtag vergeblich erwarteten, seit dem Preuentag des Zentrums wieder einer Hoffnung ärmer. Sie hatten von ihm zwar nicht die offene Krise in Preußen erwartet, aber doch so etwas wie einen Anlauf zur Krise. Diese Hoffnung der Deutschnationalen ist trotz aller Zentrumskritik an der Sozialdemokratie nicht erfüllt worden.

Trotzdem sind die Deutschnationalen, die seit Wochen gegen die Preußenpolitik ankämpfen, das Zentrum benehmen und den ersten Erfolg ihrer Aktion in der vergangenen Woche bei der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums im preussischen Landtag vergeblich erwarteten, seit dem Preuentag des Zentrums wieder einer Hoffnung ärmer. Sie hatten von ihm zwar nicht die offene Krise in Preußen erwartet, aber doch so etwas wie einen Anlauf zur Krise. Diese Hoffnung der Deutschnationalen ist trotz aller Zentrumskritik an der Sozialdemokratie nicht erfüllt worden.

Sozialistische Arbeiter-Internationale tagt

Berlin, 11. Mai. Die Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale hat unter dem Vorsitz Vandervelde-Belgien am Sonntag ihre Tagung im Parteihaus der deutschen Sozialdemokratie in Berlin begonnen. Dr. Otto Bauer-Wien sprach der Internationale den Dank aus für die Hilfe, die sie im vergangenen Herbst der österreichischen Sozialdemokratie geleistet habe und die der österreichischen Sozialdemokratie ermöglicht habe, die schweren Tage ohne allzugroße Opfer zu überwinden.

Nach Beratungen organisatorischer Natur wurden zwei von der Exekutive vorgeschlagene Entschlüsse einstimmig angenommen, in dem gefordert wird, daß endlich der erste Schritt zur Abrüstung getan werde.

Neue französisch-englische Freundschaft

Paris, 11. Mai. (Eig. Draht.) Der englische Außenminister ist nach Genf weiter gereist. Seit langem schon hat kein englischer Politiker eine so warme Aufnahme in Paris gefunden wie Henderson, dem die französische Presse zum Abschied wahre Kränze schickte. Der Grund dieser stöhnlichen Anerkennung der alten Sympathie für den einstigen Alliierten ist das Bemühen der französischen Regierung, gegen die Unversöhnlichkeit des faschistischen Regimes zur See und zu Lande in England, wenn nicht einen Verbündeten, so zum mindesten einen freundlichen Vermittler zu finden. In dieser Richtung scheint die Aussprache zwischen Briand und Henderson, wie aus den einmütigen Kommentaren der Presse hervorgeht, durchaus positive Ergebnisse ergeben zu haben. Dieser günstige Eindruck geht sogar so weit, daß ein Teil der offiziellen Blätter vom „Beginn einer neuen Ära in der europäischen Außenpolitik“ spricht.

Tagung des österreichisch-deutschen Volksbundes

Wien, 11. Mai. Der österreichisch-deutsche Volksbund hielt hier eine Delegiertenversammlung ab, auf der 94 Ortsgruppen aus ganz Deutschland vertreten waren. Die an der Tagung teilnehmenden Bürgermeister der österreichischen Landeshauptstädte legten ein erneutes Bekenntnis zum Anschlußabkommen ab.

Der Bundestag schloß nachmittags mit einer machtvollen öffentlichen Anschlußkundgebung im dichtgedrängten Saal des Volksbundes, in welchem 11 Redner, Männer aller Parteirichtungen aus Deutschland und Oesterreich, in eindringlichen Ansprachen die gemeinsamen Ziele zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Völker betonten. Reichstagspräsident Lohse schloß die Kundgebung mit einem Hoch auf die großdeutsche Republik der Zukunft.

Die schlesischen Sejmwahlen

Wrocław, 12. Mai. Gegen 1 Uhr nachts lag von Kattowitz-Stadt das Ergebnis bis auf 6 Bezirke vor. Danach entfielen auf die deutschen Listen 24 198 Stimmen, auf die polnischen Listen 32 547 Stimmen. Die Stimmengabe für die deutsche Wahlgemeinschaft hat damit den Stand von 1928 bereits überschritten und man rechnet darauf, daß allein auf Kattowitz-Stadt zwei deutsche Mandate entfallen.

Politische Pornographie

Eine schmutzige Agitationslüge aus Bayern

Herr Dr. Georg Heim, prominentes Mitglied der Bayerischen Volkspartei, hinlänglich bekannt wegen seiner Haltung nach der Revolution gegenüber der Einheit des Reiches, bemittelt sich, das Preußenzentrum gegen die Sozialdemokratie aufzuspielen, im Namen der christlichen Kulturfront.

„U zu zeigen, wie weit die Dinge in Preußen gediehen sind“, veröffentlicht Dr. Heim in einem Aufsatz im Bayerischen Kurier das folgende:

„In einem höheren Mädchengymnasium in Berlin erhebt sich eine Schülerin von 15 Jahren und verlangt von der Lehrerin Aufschluß darüber, wie sich der geschlechtliche Verkehr von Weib zu Weib vollziehe. Die Lehrerin hat natürlich voll Enttäuschung auf diese Frage die Antwort verweigert. Die Schülerin hat sich wegen Nichtbeantwortung dieser Frage beim Direktor der Schule beschwert. Auch dort wurde sie abgewiesen. Darauf richtet sie die Beschwerde an das preussische Kultusministerium, und was ereignet sich? Der Direktor der Schule wurde beauftragt, der Lehrerin zu eröffnen, daß sie der Schülerin diese Frage zu beantworten habe.“

Das Geschichtchen ist völlig frei erfunden, wie das preussische Kultusministerium feststellen läßt. Es ist typisch für die schmutzige und verlogene Hege, die von gewissen Kreisen in Bayern gegen Preußen und gegen Berlin betrieben wird. Sie gibt einen Geschmack davon, wie Heim und seine Leute ihre Agitation führen. Sie ist kein politisches Argument, sondern politische Pornographie.

Neuer Vorstoß Frieds

Gotha, 10. Mai. (Funddienst.) Anlässlich der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Gotha hielten die Nationalsozialisten hier am Freitagabend drei Kundgebungen ab, zu denen sie Anhänger aus ganz Thüringen kommandiert hatten. In einer der Versammlungen sprach der Parteiführer und Volksbildungsminister Fried. Er kritisierte insbesondere den früheren Reichsinnenminister Severing und den Reichswehrminister Groener wegen ihres Kampfes gegen nationalsozialistische Einflüsse in der Politik und Reichswehr. Wenn man demnach in Thüringen in der einen oder anderen Stadt Nationalsozialisten zu Polizeidirektoren ernennen würde, würde man sich von Berlin nichts anmerken lassen.

Neuwahlen zum Gothaer Stadtrat

Deutschnationale verlieren an Nationalsozialisten

Am Sonntag wurde der Gothaer Stadtrat neu gewählt. Die alte Kommission 1928 aufstehende Stadterordnetenversammlung wurde wegen Arbeitsunfähigkeit aufgelöst worden. Die Wahl geschah ausschließlich auf der rechten zugunsten der Nationalsozialisten, eine außerordentlich starke Veränderung.

Ergebnisse: Nationalsozialisten 6136 Stimmen = 11 Sitze (1928: 211 Stimmen), Deutschnationale 2077 Stimmen = 4 Sitze, Deutsche Volkspartei 2318 Stimmen = 4 Sitze, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei marinierten 1928 auf einer gemeinsamen Liste (Wahlberechtigte 6792 Stimmen bzw. 14 Mandate. Die Sozialdemokratie erhielt 1574 Stimmen = 3 Sitze, 1928: 1671 Stimmen). Die zentralen Kommunisten vereinigten 5694 Stimmen = 11 Sitze. Die Opposition erhielt 447 Stimmen, 1928 erhielt die Kommunistische Einheitsliste 5304 Stimmen und 11 Mandate. Die Sozialdemokraten brachten 600 Stimmen = 1 Sitze auf, 1928: 605 Stimmen. Die Wirtschaftspartei erhielt 1119 Stimmen = 2 Sitze, 1928: 3 Sitze.

Bei den Landtagswahlen 1928 erzielten die Nationalsozialisten 211 Stimmen, die Deutschnationalen 2503, die Volkspartei 3220, die Wirtschaftspartei 1837, die Demokraten 931, die Kommunisten 5304 und die Sozialdemokraten 1947 Stimmen.

Erhöhung des Stückguttarifes

Die Personentariffe sind weiter geprüft werden

Wie mitgeteilt: Das Reichskabinett stimmt am Montag der Vorlage der Reichsbahnverwaltung auf den Erhöhung des Stückguttarifs sowie des Express- und Personentarifs zu. Die beantragte Erhöhung der Wagen- und Personentarife des allgemeinen Verkehrs wurde abgelehnt. In der vom Reichsbahnrat angetragenen organischen Erhöhung des Personentarifs des allgemeinen Verkehrs war das Reichskabinett das Ergebnis der Prüfung durch die Reichs-

Attentat auf Groener?

Berlin, 12. Mai. (Funddienst.) Am Sonntag vormittag erschien bei der politischen Kriminalpolizei in Berlin der frühere Reichswehrangehörige und jetzige Arbeitslose Gröbner aus Reibensburg in Ostpreußen und gab an, von einem geplanten Attentat auf den Reichswehrminister Groener zu wissen. Er habe auf einer Bank im Tiergarten durch Zufall das Gespräch zweier Herren, die auf einer benachbarten Bank saßen, belauscht. Im Laufe dieses Gesprächs hätten sich die beiden Unbekannten zuerst über ein Attentat mit einer Höllenmaschine, das aber fehlgegangen sei, unterhalten.

Gröbner will dann weiter gehört haben, wie die beiden den Plan eines Attentats auf den Reichswehrminister besprächen. Als die beiden bemerkten, daß sie von der anderen Bank aus beobachtet wurden, seien sie in der Richtung Charlottenburger Chaussee fortgegangen und wären in einen Autabus gestiegen, den Gröbner nicht mehr habe erreichen können. Die Polizei ist bemüht, die Angaben des früheren Reichswehrsoldaten nachzuprüfen.

Berufung im Orloffprozeß verworfen

Berlin, 10. Mai. In der Berufungsverhandlung des Orloff-Prozesses verkündete Landgerichtsdirektor Vinde das Urteil, das die Berufung der Staatsanwaltschaft auf Kosten der Staatskasse und die der Angeklagten deren Kosten verwarf.

Es bleibt also bei dem erstinstanzlichen Urteil gegen Orloff und Pawlowski von je vier Monaten Gefängnis wegen Betrugs und Urkundenfälschung in einem Falle unter Anrechnung der erstinstanzlichen Unteruchungshaft.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Strafkammer zu der selben Auffassung wie die erste Instanz gekommen sei, da die gefälschten Briefe Urkunden im Sinne des Strafgesetzes gewesen seien.

Willy Starek erbringt die Kautions

Willy Starek hat jetzt die 50 000 M. Kautionssumme bei seinen Freunden aufgebracht und der Betrag ist sofort von seinem Rechtsanwalt bei der Gerichtsstelle hinterlegt worden, so daß der Haftentlassung kein Hindernis mehr entgegensteht.

Falsche deutschnationale Behauptungen

Im Haushaltsauschuh des Reichstags behauptete der deutsch-nationale Abg. Dr. Reichert, daß über 12 Millionen Menschen, also ein Fünftel des deutschen Volkes, Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten im Betrag von 13,9 Milliarden Mark pro Jahr.

Diese Behauptungen sind, so wird uns dazu geschrieben, selbstverständlich durch nichts gerechtfertigte Uebertreibungen. Die Zahl von 12 000 Millionen enthält nicht nur Doppeltzahlungen, sondern auch die Angehörigen, ja zählt sogar Beamte von Reich, Länder und Gemeinden mit, obwohl sie doch wie alle übrigen Beschäftigten ihr Gehalt nur für ihre Arbeitsleistung erhalten.

Will man feststellen, wie groß die Zahl der ohne Gegenleistung aus öffentlichen Mitteln unterstützten Personen ist, so muß man von den Zahlen der Sozialversicherung ausgehen. Sie ergeben, daß in der Unfall-, Invaliden-, Anstellung- und Knappschaftsversicherung 4 849 000 Renten gezahlt werden.

Zu dieser Zahl kann man bestenfalls noch die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden hinzurechnen. Sie beträgt gegenwärtig in der Arbeitslosenversicherung 1,7 Millionen Personen, in der Krisenfürsorge 300 000, zu denen noch rund 250 000 Wohlfahrtsempfänger hinzukommen.

Betrachtet man diese Zahlen, so erkennt man bereits, wie unbedeutend es ist, davon zu sprechen, daß die deutsche Wirtschaft ein Heer von 12 Millionen Staatsrentnern unterhalten muß. Eine solche Behauptung, die von den ununterrichteten Kreisen des In- und Auslandes als Beweis für beispiellose Verschwendung angesehen werden muß, ist lediglich geizig, das Ansehen und den Kredit Deutschlands auf das schwerste zu gefährden.

Amlich wird zu den deutschnationalen Behauptungen in gleicher Weise mitgeteilt, daß diese unzutreffend sind: „An Arbeit hat Stegerwald in Dortmund ausgeführt, daß in Deutschland 12 Millionen Personen aus öffentlichen Mitteln (überall einschließend die Renten- und unterstützungsberechtigten Familienangehörigen) Zuwendungen erhalten, und zwar Renten aus der Invaliden-, Anstellungs- und Knappschaftsversicherung 3 750 000, Unfallrenten 1 Million, Wohlfahrtspflege 1,5 Millionen. Dazu kommen noch drei Gruppen, die nicht als Sozialrentner angesprochen werden können, und zwar Arbeitslose 4,2 Millionen, Kriegsbeschädigte 2,4 Millionen und Beamtenpensionäre und Hinterbliebene 1 Million. Daraus sind etwa 2 Millionen, weil Doppeltzahlungen in Abzug zu bringen.“

„Sachverständiger“ und Renterpatronage

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die deutschnationale Presse ergeht sich tagtäglich über „korrupte Renterpolitik“ in Preußen. Des Schaumort von der „korrupten Renterpolitik“ ist zu alt, und so oft behandelt, als daß wir Lust hätten, uns darüber in eine sachliche Diskussion mit den deutschnationalen einzulassen. Damit aber die deutschnationale Presse erfährt, wie die Dinge am grünen Holz betrieben werden, sei hier folgende Tatsache mitgeteilt:

Der frühere deutschnationale Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch ist, obwohl alle Welt darüber einig ist, daß Deutschland noch keinen Verkehrsminister von solcher Unzulänglichkeit gehabt hat, seit einiger Zeit als „Sachverständiger“ bei der deutschen Luftkassa tätig und erhält dafür ein monatliches Gehalt von 1000 M. Von Gegenleistungen des Herrn Dr. Koch für diese reichliche Bezahlung ist bisher nichts zu hören. Beurlaubt wird diese sonderbare Ahmchung mit dem Hinweis, daß man dem früheren Minister doch nicht habe zumuten können, in seine alte Stellung als Geschäftsführer zurückzukehren. Andererseits spürte man dort auch keine große Reizung, Herrn Koch wieder zu beschäftigen. Also entschied man sich dafür, daß die Luftkassa von den ihr zur Verfügung stehenden Reichsgeldern einen Teil an Herrn Koch abgibt.

ADB kritisiert Moldenhauer

Im Anschluß an die bereits mitgeteilte Unterredung des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer mit den Beamtenführerorganisationen wird uns aus Berlin zu dieser Beipredung weiter noch mitgeteilt: Die Sparpläne des Reichsfinanzministers wurden in der Aussprache von dem Vertreter des ADB, Dr. Wölfel als ein unsoziales Programm charakterisiert. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß bei solchen Sparmaßnahmen meist nur die unteren Gruppen getroffen werden. Stellvertretung beim Urlaub komme bei den 80 000 Beamten des Reichs überhaupt nicht in Frage, da hier die Arbeit der in Urlaub Gehenden von den übrigen Beamten miterleidet werde. Stellvertretung sei nur notwendig bei den Betriebsverwaltungen, vor allem bei Post und Bahn. Hier bedeute eine Einschränkung der Stellvertretung wiederum nur eine Belastung des Personal, das, wie die Krankeitsziffern zeigten, bereits überaus stark angepannt sei. Die Krankheitsziffern bei Post und Bahn seien weit über den Durchschnitt gestiegen. Bei den Pensionen sei Nichtanzrechnung von Kapitaleinkommen, wie der Finanzminister beabsichtige, eine unsoziale Maßnahme.

In feiner Antwort auf die Kritik des Vertreters des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes reagierte der Finanzminister, der vorher die Lage Deutschlands schwarz in schwarz gemalt hatte, mit einem wieder etwas optimistischer klingenden Redebeitrag. Er meinte, es würden schließlich auch für Deutschland wieder lichtere Tage kommen. Heutzutage Finanzminister sein, sei ein unbedeutendes Geschäft. Ein Finanzminister, der vom Sparen spreche, sei eine unpopuläre Figur. Der Reichsfinanzminister befindet sich im Irrtum. Wenn er a. V. den Versuch machen würde, bei Meer und Marine zu sparen, würde er bei dem größten Teil des deutschen Volkes sehr reichlich große Sympathien erwerben.

Freistaat Baden

Die Evangelische Landessynode ist zu einer ordentlichen Tagung in Karlsruhe auf Montag, 19. Mai, einberufen.

Keine Einsparung in der Hybridfrage. In Karlsruhe fand zwischen Vertretern des Deutschen Weinbauverbandes und Vertretern der pfälzischen und badischen Hybridpflanzen auf Anregung der Hybridpflanzler eine Aussprache über Amerikanerobsten statt. Es sollte versucht werden, eine Einigung zwischen den beiden Gruppen in der Hybridfrage herbeizuführen. Dies ist jedoch nicht gelungen.

Weitere Sturmzeichen

Wo bleibt die Zurückdämmung der Arbeitslosigkeit?

Sturmzeichen, die alle verantwortlichen Stellen im Reich aufwühlen müssen, sind die neuen Arbeitslosenziffern. Ihr Ernst ist so furchtbar, daß fast jeder Kommentar dazu eine Abwärtswendung bedeutet. Die schlimmen Befürchtungen und Prophezeiungen für das Jahr 1930 sind bereits übertriften. Das Jahr 1930 ist ein Krisenjahr, ein Jahr mit einer Riesnarbeitslosigkeit, wie es noch nie da war. Nicht nur im Bereiche zum Vorjahr sind wir auf dem Arbeitsmarkt weit zurückgeblieben, sondern auch im Bereiche zum Katastrophenjahr 1926 haben wir zur Stunde noch Hunderttausende von Arbeitslosen mehr zu verzeichnen.

Ein furchtbarer Zustand, den die Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung schon veröffentlicht! Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes ist in der zweiten Aprilhälfte noch langsamer geworden. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit erreicht bei weitem nicht mehr das Ausmaß der ersten Aprilhälfte. Zwar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch weiter um fast einhunderttausend zurückgegangen, doch entspricht diese Bewegung, deren Ausmaß gegenüber der letzten Berichtszeit etwa um die Hälfte gesunken ist, keineswegs der zu erwartenden jahreszeitlichen Entwicklung; in der zweiten Aprilhälfte des Vorjahres hatte die Verhinderung eine Entlastung um rund 351 000 Hauptunterstützungsempfänger erfahren.

Die Zahl der Empfänger von Krisenunterstützung hat erneut, und zwar stärker als in der ersten Aprilhälfte zugenommen. Insgesamt belief sich am 30. April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf nahezu 1 761 000 und in der Krisenunterstützung auf 320 000. Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahr in der Inanspruchnahme der beiden Unterstützungsanstalten, die Mitte April mit rund einer Million Hauptunterstützungsempfänger in der vorjährigen Ebene lag, ist bis Ende April auf dreiviertel Millionen angewachsen.

Ebenso ungenügend, wie die Entlastung der Unterstützungsanstalten ist die des Arbeitsmarktes im ganzen: Die Zahl der Arbeitslosen, d. h. der Arbeitslosigen, die Mitte April bei den Arbeitsämtern mit rund 2 890 000 festgesetzt wurde, ist nur um knapp 100 000 auf rund 2 791 000 zurückgegangen und liegt damit um etwa 1 080 000 höher als Ende April des vorigen Jahres.

Die Aufnahmebereitschaft der Arbeitslosen, die einen entscheidenden Faktor im jahreszeitlichen Gesamtbild darstellen, war im wesentlichen sehr gering. Die Landwirtschaft hat die günstige Witterung des Winters weitgehend zur Laufenden Durchführung von Arbeiten mit Stammerjonal ausgenutzt. Der Baummarkt forderte nur vereinzelte, Baaren in größerem Umfang, Arbeitskräfte an. Im allgemeinen blieben die Schwierigkeiten infolge der öffentlichen Sparmaßnahmen und der unrentablen Finanzierungsrisik bestehen. Auch

in der Industrie der Steine und Erden konnten daher nur selten bessere Beschäftigung verschrieben werden. Das weitere Absinken der allgemeinen Konjunktur zeigt allem in der Holzindustrie. In den Steinmetzen ebenfalls den Brautlobenbesitzeren schritt man zu größeren Entlassungen der Einführung von weiteren Feiertagen. Trotzdem werden die Halbenbestände. Entlassungen und Kurzarbeit nahmen auch allen Zweigen des Metallgewerbes und in vielen Teilen der Maschinenindustrie weiter zu. Die Frühjahrsbelegung im Bergbau geht offenbar schon ihrem Ende entgegen, wobei in einzelnen Betrieben noch lebhaft Nachfrage nach Kontraktarbeitern festzustellen.

In vielen Handwerkerberufen meldeten sich, wie schon im ersten Aprilhälfte, junge Kräfte nach Abfluß ihrer noch arbeitslos. Im Metallgewerbe waren sowohl die Handwerker als auch die inländischen Transporunternehmen schwach tätig, und nicht ausnahmefähig.

Da haben wir also die Botschaft! Die Politik des Schicksals hat sich noch viel schlimmer ausgewirkt als man noch im halben Jahr annehmen konnte. Wird man bei den makroökonomischen aus dieser traurigen Lehre etwas lernen. Sieht man auch im Zentrum jetzt ein, daß die Sozialdemokratie recht hat, sie sich fräudte, obwohl unzulängliche Versuche zur Lösung des Arbeitslosenproblems mitzumachen?

Glaubt die Reichsregierung immer noch, mit dem Konsum vorwärts zu kommen? Nur Leute, die mit Blindheit geschlagen sind, sehen nicht, daß jeder Verlust, den die unterstützten Arbeitslosen, oder die Leistungen des Arbeitslosenstandes abgeben, eine höchst bedenkliche — eine revolutionäre Situation mit sich bringt. Der ganze Streit: wer zu viel belastet ist, die Verhältnisse der Gemeinde oder das Reich, muß jetzt hinter der elementaren Notwendigkeit, der Sicherung eines ausreichenden Arbeitsnachschubes, zurücktreten. Wenn das Reich kein Geld hat, dann das eben, wie auch ein Privatmann, in einem kritischen Augenblick das Vermögen herangehen. Warum können nicht durch die Lösung der Vermögenssteuer Mittel zur Sicherung der öffentlichen Kassenheraushebung beschafft werden. Man darf nicht vergessen, daß Millionen von Menschen seit Monaten gehungert auf das Frühjahr gehofft haben. Aus dem Markt und vertriehen diese Menschen nun vor einer neuen Enttäuschung? Kommen keine Arbeit und damit keine Möglichkeit, sich ein Glied wieder etwas herauszuarbeiten.

Wird die Reichsregierung an den Ernst der Stunde denken? Wenn nicht, dann wird das Kabinett während die Verantwortung für sehr bitteres tragen müssen.

Aus aller Welt

Waffenmörder von Kaitior verhaftet?

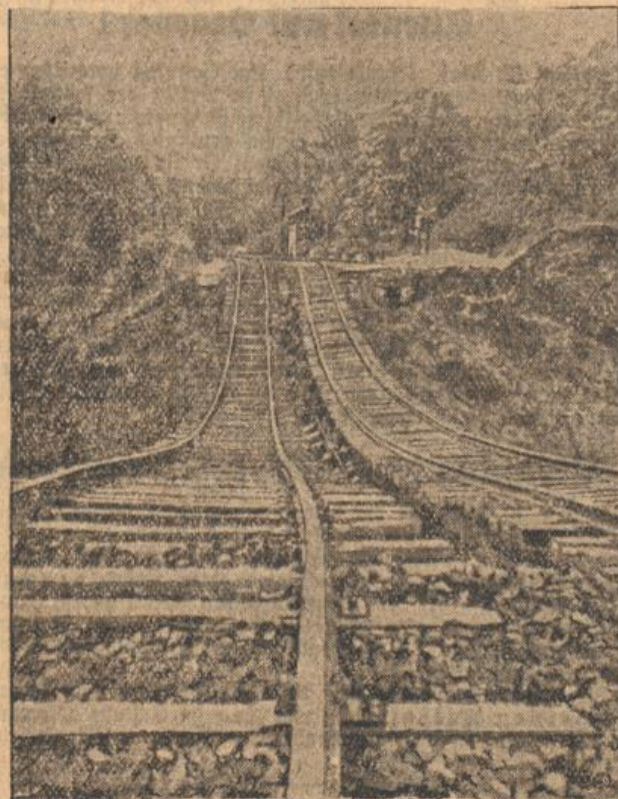
Wie die Montagspost meldet, scheint der Kriminalpolizei die Verhaftung des Kaitiorer Waffenmörders, der in einer Woche drei Mordtaten verübte, überraschend schnell gelung zu sein. Am Sonntag abend wurde die Polizei von einem Gastwirt alarmiert, der anag, in dem Walde von Pauplau ein verdächtiges Individuum bemerkt zu haben. Das Ueberfallkommando umzingelte den Wald. Schließlich land man schließlich einen etwa 40 Jahre alten Mann, den man verhaftete. Er trug einen Dolch und einen geladenen Revolver bei sich. Der Dolch scheint keine Ranturen nach in die Wunden der drei Opfer zu passen. Ueber die Person des Beschäftigten hieß nichts fest. Die Vernehmung gestaltete sich sehr schwierig, da es scheint als ob der Mann der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Man vermutet, daß es sich um einen Uebereuter handelt, der über die Grenze nach Kaitior gekommen ist.

Schiller-Feier in Neuyork

Neuyork, 11. Mai. Aus Anlaß des 125. Todestages Friedrich v. Schillers fand am Schillerdenkmal im Zentralpark eine eindrucksvolle öffentliche Feier unter starker Beteiligung akademischer Kreise statt.

Neuer Wassereintrich bei Dienenburg

Berlin, 12. Mai. Wie der Montag aus Dienenburg berichtet, ist nach den neuesten Feststellungen das Wasser im Schacht II des Kaitiorerwerkes wieder um etwa 80 Zentimeter gesunken. Auch ist auf der großen Einbruchstelle am Schacht I ein Nachschub von etwa 100 Kubikmeter Erde erfolgt. Man hat besonnen, an der Einbruchstelle das Erdreich durch Sprengschüsse zu lösen und in die Tiefe zu senken, um festzustellen, ob weitere Senkungen erfolgen.



Die völlig verborenen Schienenstränge der Eisenbahnstrecke bei Dienenburg. Nur 10 Meter von dem rechts angedeuteten Kraterrand entfernt steht das Bahnwärterhaus, dessen Beamter die Strecke nach rechts hin zu sperren konnte, so daß unabsehbares Unheil vermieden wurde.

Selbsttat eines Reichswehrsoldaten

Wie die Montagspost aus Magdeburg meldet, fuhr am Sonntag früh kurz vor 5 Uhr ein mit drei Personen besetztes Magdeburger Personauto, das von dem angehenden angetrunkenen angefahren wurde, auf der sogenannten Holzbrücke auf dem Weg nach der Vorstadt der Holzbrücke der Brücke und fuhr, die Holzbrücke, 12 Meter tief in die alte Elbe. Dort fiel auf einer Sandbank auf der Längsseite liegen und hier lag ein Mann, der die Insassen nicht selbst befreien konnte. Der Mann, der die Insassen nicht selbst befreien konnte, war ein 22-jähriger Mann, der der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 130 in Magdeburg zugehörte. Er wurde von einem Kameraden des Infanterie-Regiments Nr. 130 aus dem Wasser gezogen. Er hatte sich durch das Fallen des Autos, die sich in der Erdrückungsgefahr befanden, heraus, die dann von der Feuerwehr aus Ufer gebracht wurden. Alle drei haben mehr oder weniger schwere Schnittwunden erlitten, einer von ihnen außerdem einen schweren Knochenbruch.

Tejner widerrufen sein Geständnis

Die Volksmacht berichtet heute, daß der Kaufmann Tejner, der seit seiner Verhaftung voll gekündigt war, seine Aussagen widerrufen hat. Er will nämlich statt ein eingetaucht zu haben die Leiche eines ihm unbekanntes Mannes gesehen haben.

Verhafteter Raub

Die Gorozer Räuber, die im Februar in Triebel am Neckar auf offener Straße Raubtaten mit Geld in Höhe von 10 600 M. raubten wurden zu 6 Jahren Zuchthaus bzw. 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nicht weitere Angeklagte wegen Begünstigung Gefangenstrafen von 2 Jahren bis zu 2 Wochen.

Lohngeprübler sofort erwischt

In Dorn und verjuchten zwei maskierte, mit Revolvern bewaffnete Männer einen Lohngeprübler in dem Gebäude des württembergischen Generalinspektors, wurden aber von Kriminalpolizei bemerkt. Die Verdächtigen konnten gefasst werden, nachdem sie vorher den Verhafteten bekannt geworden war, seit er in Dorn im Gefängnis saß.

700 Jahrestag Walthers von der Vogelweide in Würzburg, 10. Mai. Die Stadt Würzburg feierte am Sonntag im Zeichen der 700 Jahrestag Walthers von der Vogelweide. Auf dem Rabensplatz vor dem mit dem Denkmal des Walthers geschmückten Frankonia-Brunnen fand heute vormittag eine große öffentliche Feier statt, zu der sich außer einer großen Anzahl Würzburger Bürger auch eine große Anzahl auswärtiger Gäste, darunter Reichsminister Dr. Wirth, der bayerische Kultusminister Dr. Goldberger, der österreichische Bundeskanzler Stresemann, Reichspräsident Ebert und Reichsminister Dr. Brüning am Kaiserpalast des Residenzschlosses eine Morgenfeier fanden.

Neuschnee in der Schweiz

Zürich, 11. Mai. Die letzten Tage haben dem Schweizer Alpengebirge Neuschnee gebracht. Die Gammeterhöhe wurde auf eine neue in den Vorbergrund gerückt. Stellenweise melde der Zentralalpen bis zu 80 Zentimeter Neuschnee. In den Tälern der Innerrhein haben ihre frühere Schneehöhe tend erhöht.

Neue Hausjungen in der Affäre Wald

Berlin, 10. Mai. Am Freitag und Samstag sind auf die Suche nach neuen Hausjungen in der Affäre Wald eingeleitet worden. Dabei wurde zahlreichen Material beschlagnahmt.

Disziplinarverfahren gegen Rasch

Berlin, 10. Mai. Günther, Der Oberbürgermeister von Bielefeld, hat gegen den demokratischen Kandidaten Rasch am Freitag ein Disziplinarverfahren mit dem Bielefelder Diensten eingestellt.

Olympia



Olympia-Korrespondenz-Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

MANNHEIM

Q 7, 23

Fernsprecher: Mannheim 28723
und 28887

BÜROS:

BERLIN N 24, Friedrichstr. 110-112 (Haus der Technik);
BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90; DORTMUND, Süd-
wall 29; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DUISBURG, Wil-
helmplatz 12; ERFURT, Meißnerhofplatz 13; FRAN-
KURT a. M., Friedensstraße 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-
Str. 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN,
Weidenburgstr. 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG,
Nicolaisstraße 10, II; MAGDEBURG, Otto von Guericke-
Straße 11; MANNHEIM, Q 7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger
Straße 3 (Ramen-Heyrichs); NÜRNBERG, Lorenzer
Platz 12, III; STUTTGART, Tübinger Straße 33

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters

Badischer Schwarzwaldverein Ortsgruppe Karlsruhe

Donnerstag, 15. Mai, 20 Uhr. Vereinslokal Vortrag des Herrn Direktor Dr. R. H. L. über: Ausübung in den Schwarzwald mit landwirtschaftlichen Beobachtungen. Filmvorführung.

Sonntag, 25. Mai. Hauptversammlung des S. S. in Stanten. Näheres siehe Monatsblätter Nr. 5. Anmeldung zur Teilnahme bis 15. 5. an Kassier, Erdbringerstr. 20 erbeten.

Sonntag, 1. Juni. Zusammenkunft der Ortsgruppen des nördlichen Schwarzwaldes auf der Schwand, Abfahrtsfest und Programm werden nach bekannt gegeben.

Sonntag, 16. Juni. Besichtigung des Salzbergwerkes in Hochdorf. Näheres ist an den Vereinsabenden zu erfahren; Einzelanmeldungen und Anstufung bei Herrhold Döbler, Erdbringerstraße 20. 3719

Colloleum

Heute 8.30 Uhr Wiederaufnahme des Entscheidungskampfes

Budrus-Wehrm im freien Stiel, alle Griffe sind erlaubt.

Ferner in der Entscheidung: **Schwarzbauer-Sachs** 3723

Zlich-Bachraty.

Badisches Landestheater

Montag, 12. Mai 1930

In der Stadt. Festhalle

Montag, den 12. Mai 1930

10. Sinfonie-Konzert

Leitung: Josef Krips

Solisten: Wary Eßelgroth, Ragda Straß, Wilhelm Wentwig, Franz Schuster.

I. und IX. Sinfonie Beethoven

Chöre: Badischer, Singchor und Hilfschor des Badischen Landestheaters.

Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr

Saal I. Abteilung 5. 711

Wir verkaufen unser

Zündapp-Transport-Dreirad

Preis 700 RMk.

Verlagsdruckerei
Volksfreund & m. b. H.

Colloleum

Heute 8.30 Uhr Wiederaufnahme des Entscheidungskampfes

Budrus-Wehrm im freien Stiel, alle Griffe sind erlaubt.

Ferner in der Entscheidung: **Schwarzbauer-Sachs** 3723

Zlich-Bachraty.

Badisches Landestheater

Montag, 12. Mai 1930

In der Stadt. Festhalle

Montag, den 12. Mai 1930

10. Sinfonie-Konzert

Leitung: Josef Krips

Solisten: Wary Eßelgroth, Ragda Straß, Wilhelm Wentwig, Franz Schuster.

I. und IX. Sinfonie Beethoven

Chöre: Badischer, Singchor und Hilfschor des Badischen Landestheaters.

Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr

Saal I. Abteilung 5. 711

Wir verkaufen unser

Zündapp-Transport-Dreirad

Preis 700 RMk.

Verlagsdruckerei
Volksfreund & m. b. H.

STADTGARTEN

Dienstag, den 13. Mai, von 10^{1/2} bis 18 Uhr:

1. Dienstag-Nachmittags-Konzert

Orchester: Feuerwehrkapelle

Mehrere möbl. Zimmer

auf sofort bei Genossen oder Volksfreundlern mit oder ohne Pension, auf ca. 8 Wochen zu mieten gesucht. Geht Offerten unter B. R. 100 an das Volksfreundbüro erbeten.

Entsch. Herren-Fahrrad billig zu verkaufen
Sulach 472
80 Eidenhardtstraße 80

Frach-, Smolting-Gehob-Anzüge
belehrt 2259
Kranzged., Gartenstr. 1.

Amtl. Bekanntmachungen

Straßensperre.

Nachfolgende Straßen des Amtsbezirks Karlsruhe werden wegen Erneuerung der Bahndämme in der beizulegenden Zeit von 6-19 Uhr für alle Fahrzeuge von mehr als 3 Tonnen Gesamtgewicht gesperrt. Soweit hiernach Fahrten zugelassen sind, dürfen die Sperrenzeiten von Fahrten nur im Schritt und von Kraftwagen mit höchstens 10 Kilometer Geschwindigkeit befreit werden. Im übrigen sind die Sperrenzeiten des Bahndammes zu befolgen. Die Sperrenzeiten gelten auch dann, wenn die Arbeitsausführungen wegen unvorhersehbarer Hindernisse einige Tage sich verschieben sollten.

1. Kreisweg Nr. 34, Grünwintel - Sulach - Eitlingen und zwar auf der Strecke von der Bahndammverbindung zwischen Grünwintel und Sulach bis zum schienenlosen Uebergang bei Scheidehardt, vom 22. bis 31. Mai

Umgehungswege: Grünwintel, Fördheim, Eitlingen oder über Karlsruhe.

2. Kreisweg Nr. 31, Durlach - Aue - Hohenweier, Grünwintel - Hohenweier - Durlach, die im Bereich der Landstraße Durlach - Eitlingen und Gemarkung Hohenweier, vom 30. Mai bis 4. Juni

Umgehungswege: Durlach-Aue, Wolfartsweier, Grünwintel - Hohenweier - Durlach.

3. Kreisweg Nr. 26 a, Karlsruhe - Durlach - Aue, Gemarkung Durlach zwischen Aue und dem Karlsruher Rangierbahnhof, vom 4. bis 7. Juni

Umgehungswege: Karlsruhe, Durlacher Aue - Durlach.

Die Verhandlungen werden gemäß § 121 Pol.-Str.-G.-B. mit Geld bis zu 150 RM. oder mit Haft bis zu 14 Tagen befristet.

Karlsruhe, den 8. Mai 1930. O. 3. 31

Badisches Bezirksamt, Abteilung IV.

Marius

Komödie von Sagnol
Regie: v. d. Trenck

Wittwifende: Genier, Canifer, Mademacher, Sieglar, Seiling, Brand, Ota, Hera, Solbach, Stoeble, Kubne, Wehner, Müller, Schulze, Grimm.

Selbst

Anfang 20 Uhr Ende 22^{1/4} Uhr

Freie A (0.70-3.00) 710

Di. 13. 5. Don Carlos
Mi. 14. 5. Lohengrin
Do. 15. 5. Der fidele Bauer
Fr. 16. 5. Zerkow
Sa. 17. 5. Hummer
So. 18. 5. Die Meisterlinge von Nürnberg
Mo. 19. 5. Lohengrin

Volksbühne

Blau abholen!

Pump-Brunnen

mit 22 Meter langem galvanisierten Rohr billig zu verkaufen.

H. Lemmer, Gröbigen
Im Spiel 2.



Preiswerte Betten und Bettwaren

| | |
|--|-------------------|
| Eisenbettstellen 90/190 cm, 27 mm Rohr, mit Zugfedermatratze | 21.- |
| Eisenbettstellen 90/190 cm, 33 mm Rohr, m. reich. Messingverz., Fußbrett u. Zugfedermatr. | 34.- |
| Eisenbettstellen 90/190 cm, moderne Form, 33 mm Rohr, Fußbrett und Zugfedermatratze . | 42.- |
| Eisen-Kinderbettstellen 70/140 cm, abklappbar | 24.- |
| Kinder-Rollbetten weiß und farbig, 60/100 cm | 19 ^{7/8} |
| Seegrasmatrizen 90/190 cm mit Keil | 16 ⁵⁰ |
| Matrizen 90/190 cm, Jacquarddrell, Steilig, mit Kopfteil, Seegas mit Wollauflage | 29 ⁵⁰ |
| Chaiselongue verstellbar, Kopfteil, 98.- | 35.- |

THETZ
HERMANN KARLSRUHE

Habe meine Praxis in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Dr. H. Nerlich
Arzt und Geburtshelfer

Werderplatz 29 Telefon 3569

FARBEN-LACKE-OELE

für jeden Zweck streichtfertig billig und gut

Farbenfabrik Franz Luipold
Körnerstr. 38, b. Gutenbergplatz

Neusatz Amt Bühl

Zeitungsbestellungen, Druckaufträge, Bücherverkauf usw.

Bestellung auf sämtliche Literatur bei

Gustav Seiert, Volksfreundagentur

Schneiderin

fertigt Sommerkleider (6.4.) Adresse Kaiserstraße 64. 4. ete. Kreutritze, 2 Treppen.

Matratzen u. Möbel

werden zum billigen Preise angeboten.

Angebote u. Nr. 3716 an d. Volksfreundbüro

Klein. Nähmaschinen

in Glasaufl. 10.4. pol. Vorkaufspr. 60.4. dr. neu einig. Vorkaufspr. u. Warm. u. Spiegel, Flur- u. Gard. Trumeau, Kamm bill. zu verkaufen. Rul. Kronenstr. 1. Lager.

8 prominente Komiker Berlins

werden auf Ihr Zwerchfell gelassen in der tollen Tonfilm-Posse

Wien, du Stadt der Lieder

Kein Wunder also, daß in den letzten Tagen so schrecklich bei uns gelacht wurde und sich das ausverkaufte Haus am Samstag und Sonntag so ausgezeichnet amüsierte!

Wiener Sang und Wiener Leben! Stimmung! Krach! Humor!

Max Hansen, der Vielgeliebte

als poetisch angehauchter Wiener Fleischhacker mit der musikalischen Ader sehndlich den Vogel ab mit seiner urkomischen Mimik. Er singt die Schlager:

Wien, du Stadt der Lieder, ohne Dich kann ich nicht leben, herrliches Mädchen - Ich hab' kein Auto, ich hab' kein Rittergut

Wollen nicht auch Sie sich Ihre Sorgen vom Halse lachen???

Sie haben nur noch wenige Tage Gelegenheit hierzu!

Schauburg

Marienstraße 16 Telefon 6264

Beginn der Vorstellungen: 4 1/2 und 9 Uhr

Gernsbacher Anzeigen

Hundsteuer betr.

Nach dem Gesetz vom 14. Dezember 1922 ist jeder über 3 Monate alte Hund für das vom 1. Juni bis 31. Mai laufende Steuerjahr zu versteuern. Die Erhebung der Steuer für die auf hiesiger Gemarkung gehaltenen Hunde erfolgt durch die Stadtkasse. In diesem Jahre sind alle über 3 Monate alte Hunde bis längstens 15. Juni 1930 bei uns anzumelden und gleichzeitig damit die Steuer einschließlich des jährlichen Zuschlags zu entrichten.

Steuer- und damit anmeldspflichtig sind die Besitzer von Hunden, daneben halbiert der Eigentümer des Hundes als Gesamtschuldner für die Abgabe.

Es werden an Steuern erhoben:

| | |
|---|------------|
| Stadt. | Stadt. |
| Steuer. | Fußlohn |
| 1) für einen Hund | 12.- 12.- |
| 2) für den zweiten in der gleichen Haushaltung gehaltenen Hund | 24.- 40.- |
| 3) für den dritten in der gleichen Haushaltung gehaltenen Hund | 24.- 80.- |
| 4) für jeden weiteren in der gleichen Haushaltung gehaltenen Hund | 24.- 120.- |

Über 3 Monate alte Hunde, die nach dem 1. Juni bis 31. Mai des kommenden Jahres von hiesigen Einwohnern in Besitz genommen werden, sind längstens 4 Wochen nach ihrer Einbringung in die hiesige Gemarkung, Hunde, die erst nach Ablauf der bis zum 15. Juni 1930 festgelegten allgemeinen Anmeldefrist das Alter von 3 Monaten erreichen, längstens 4 Wochen nach diesem Zeitpunkt anzumelden und dabei gleichzeitig auch die fällige Steuer nebst dritteljährigem Zuschlag zu entrichten.

Die Hinterziehung der Hundsteuer und des Zuschlags wird mit einer Geldstrafe bis zum doppelten Betrage der hinterzogenen Steuer und des Zuschlags bestraft. Außerdem können die Hunde, für die die Steuer nicht rechtzeitig bezahlt wird, eingezogen werden.

Wir fordern alle Eigentümer von Hunden, sowie Besitzer von solchen auf, der Anmelde- und Zahlungspflicht der Hundsteuer pünktlich nachzukommen, damit wir nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Strafmaßnahmen zur Anwendung bringen müssen.

Die Anmeldung und Zahlung hat bei der Stadtkasse zu erfolgen.

Gernsbach, den 10. Mai 1930

Bürgermeisteramt: **Menges.**

Grave Haarp

Warum Alter erscheinen soll, schreiben Sie uns sofort. Die kostenlose die Eyesehnde Haarp in 14 Tagen. Jugendliche Haarp in 7 Tagen.

Wittberger & Co., Gernsbach 54.